

Bundesfachgruppenkonferenz

Resümee: Eine erfolgreiche Fusion

Es ist das Jahr der ver.di-Konferenzen: auf allen Ebenen, in allen Fachgruppen und Fachbereichen, mündend im großen Bundeskongress in Leipzig.

Seit Anfang des Jahres steht im ver.di-Foyer in Berlin eine Bühne, die jeweils an den Wochenenden zum Einsatz kommt. Denn ab Freitag oder Samstag reisen die Delegierten und Gäste der verschiedenen Fachgruppen zur ihren alle vier Jahre stattfindenden Bundeskonferenzen zusammen und tragen sich wie der inzwischen mit Posaune an der Ostsee swingende frühere Fachgruppenleiter Peter Haacke (Foto) in die Listen ein. Abends erklimmt die Kultur dann die Bühne.

Die Fachgruppen des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie bewältigten ihre Wahlen und Anträge an drei aufeinander folgenden Wochenenden im Februar. Zuerst die Künstler, dann die Fachgruppen Industrie/industrielle Dienstleistungen und Verlage, Druck und Papier, zuletzt die Berufsgruppe der Journalisten und die Fachgruppe Medien. Für die Hauptamtlichen hieß dies zumindest an den ersten beiden Wochenenden, dass sie Parallel-existenzen hätten führen müssen. So aber pendelten Hauptamtliche wie Fachbereichsleiter und stell-



Foto: Chr. v. Polentz

vertretender ver.di-Vorsitzender Frank Werneke, Barbara Scheiter, im Fachbereich 8 für die politische Planung zuständig, und Tarifsekretär Andreas Fröhlich zwischen dem großen Saal Aida im Basement und der Industriegruppe im Sitzungsraum unterm Dach hin- und her. Versammelt waren im siebten Stock 32 stimmberechtigte Delegierte, darunter acht Frauen. Der jüngste Delegierte war 34, der älteste 73 Jahre.

In seinen Anmerkungen zum Geschäftsbericht betonte der alte und neue Vorsitzende Matthias Träger, der von den Delegierten auch um einen Sitz im Gewerkschaftsrat ins Rennen geschickt wurde, die Zusammenführung der beiden Fachgruppen „Metall- und Elektroindustrie“ und „Chemische Industrie“: „Wir haben eine erfolgreiche Fusion hinbekommen“, meinte Träger und dankte Haacke, der in mühevoller Kleinarbeit und trotz Kontroversen das Ziel immer hochgehalten habe, was „nicht ganz ohne Nervenzickel“ gewesen sei. Die neue Fachgruppe sei für die Gesamtorganisation nicht nur als guter Beitragszahler interessant. Ausbaufähig, wenn auch durch die Kleinbetriebsstruktur nicht ein-

fach, sei die Mitgliedergewinnung bei den Angestellten der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure und bei den Augenoptikern. Weiterentwickelt worden sei der Internetauftritt, auch durch die Einführung des Industrie-Reports, der zudem gedruckt erscheint, was die Delegierten mit Beifall quittierten. Abschließend wandte sich Träger gegen eine weitere personelle Einschränkung – der neue Fachgruppenleiter Rudolf Zink ist auch für die Bildenden Künstler zuständig – oder finanzielle Kürzungen: „Von Ausbau redet keiner, aber wir werden uns mit aller Kraft einsetzen um keine weiteren Einschnitte zu erleben.“

Nein zur DGB-BDA-Initiative

Bei der Antragsberatung ging es gleich beim zweiten Papier hoch her – es drehte sich um die Ablehnung der im Fachbereich sehr umstrittenen Unterstützung von ver.di für die Initiative von DGB und Arbeitgeberverband zur „Tarifeinheit“, die der stärksten Gewerkschaft in einem Betrieb den Vorrang geben und auch kleinere Gewerkschaften an die Friedenspflicht der Großen binden soll. Gezielt auf Berufsgruppen -

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am 19. und 20. Februar fand in Berlin die zweite ordentliche Bundesfachgruppenkonferenz Industrie/industrielle Dienstleistungen statt.



Foto: Chr. v. Polentz

In diesen zwei Tagen wurde das Resümee der vergangenen vier Jahre gezogen. Es wurden mehr als 20 Anträge beraten und beschlossen, ein neuer Bundesfachgruppenvorstand gewählt und verschiedene Aspekte der zukünftigen Arbeit diskutiert. Zum neuen geschäftsführenden Vorstand der Fachgruppe wurden Wolfgang Pertramer, Ralf Olbrich und ich gewählt, wobei ich für die kommenden vier Jahre als Vorsitzender der Fachgruppe bestätigt wurde.

Ich möchte mich daher auf diesem Weg nochmals bei allen Delegierten für das entgegengebrachte Vertrauen und bei allen Beteiligten „vor und hinter den Kulissen“ für die bestens organisierte Konferenz bedanken. Wie die Konferenz im Einzelnen verlaufen ist, könnt Ihr in der vorliegenden Ausgabe des Industrie-Reports lesen.

Viel Spaß beim Lesen und viele Grüße von Eurem Matthias Träger

gewerkschaften wie die der Lokführer (GDL), Piloten (Cockpit), oder der Krankenhausärzte (Hartmannbund) oder auch der gelben Gewerkschaften, traf dies in anderen Fachgruppen im Medienbereich ebenso wenig auf Zuneigung wie bei vielen in der Fachgruppe Industrie/industrielle Dienstleistungen.

Gegen den Antrag wandte sich Werner Filipowski, Mitglied im Gewerkschaftsrat. Er gab zu, „das ist nicht glücklich gelaufen“. Aber wenn jeder einzeln Tarifverträge mache, könne „der ganze DGB kaputtgehen“. Allerdings hätten sowohl der Gewerkschaftsrat wie die Gesamtorganisation die Sprengkraft des Vorhabens falsch eingeschätzt. Aber es müssten die „Egoismen der Berufsstände“ eingegrenzt werden, „sonst fliegt uns der Laden um die Ohren“.

Klaus Hebert-Okon erinnerte an die Maxime „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“, aber auch an die Warnung des früheren IG Medien-Chefs Detlef Hensche vor einem „Unterbietungswettbewerb im Tarifgeschehen“. Er forderte,

nicht nach dem Gesetzgeber zu schreien, sondern die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen untereinander zu klären. Auch innerhalb des DGB hätten da noch einiges zu tun bis zur gelebten Solidarität. Gregor Heidebring bezeichnete es als „vorausseilenden Gehorsam“, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam nach dem Staat rufen. Peter Haacke meldete sich mit „einigen persönlichen Anmerkungen“ als Gast zu Wort und argumentierte mit Blick auf die „gelben“, als „christlich“ firmierenden Gewerkschaften und die Zersplitterung in der Weimarer Republik für die Ablehnung des Antrags. In der Abstimmung ging der Antrag mit 21 Jastimmen bei acht Gegenstimmen und drei Enthaltungen durch und unterstützt damit den Vorstandsbeschluss im Fachbereich 8 vom August 2010, der die DGB-BDA-Initiative ablehnte.

Ob die gewerkschaftliche Bildung sich genug am „Interessengegensatz Kapital und Arbeit“ orientiere, stritten die Delegierten beim Antrag 9. Schließlich stimm-

ten elf Delegierte bei einer Gegenstimme und 14 Enthaltungen für eine Weiterleitung ans Bildungsressort. „Ablehnen, aber ganz flott“ war die Forderung von Filipowski zum 17. Antrag, der die Vertrauensleute zu einer zusätzlichen Personengruppe in der ver.di-Matrix machen wollte. Dann müssten auf allen Ebenen nachträgliche Wahlen angesetzt werden: „Die anderen werden uns für bekloppt halten.“ Der Einschätzung folgte die Mehrheit der Konferenz.

Gespalten zeigte sich das Plenum bei den Anträgen zu Bonusregelungen für Gewerkschaftsmitglieder, der nur knapp angenommen wurde, ebenso wie die Ablehnung des Einsatzes von gentechnisch veränderten Organismen in der Natur.

In seinem Grundsatzreferat befasste sich Fachbereichsleiter Frank Werneke mit der ver.di-Kampagne „Gerecht geht anders“: An vier Beispielen zeigte er die Wichtigkeit des Themas auf: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch für Leiharbeiter, die Rente

mit 67, die Gesundheitsfinanzierung und die öffentliche Daseinsvorsorge. Ver.di müsse „die gesellschaftliche Kraft für die Zukunft“ sein und auch mit Hilfe der Betriebsräte politische Inhalte deutlich zum Ausdruck bringen, auch um die staatliche Subventionierung der Tarifflicht zu unterbinden. Im Hinblick auf die Probleme der öffentlichen Kassen in ganz Europa befürwortete Werneke den Kampf der Euro-Gruppe gegen Spekulanten, stellte aber auch klar: „Unser Ziel ist nicht diese Sparpolitik, sondern Steuergerechtigkeit.“ Und schließlich räumte er ein: Die Initiative zur Tarifeinheit habe in den Konferenzen bisher deutliche Ablehnung erfahren.

Diese Ablehnung können die Delegierten Matthias Träger, Wolfgang Pertramer, Ralf Olbrich, Wolfgang Kienzle, Emine Erdogmus und Gisela Beate Münchow dann im Auftrag ihrer Fachgruppe zur Bundesfachbereichskonferenz am 16. und 17. April in Berlin weitertragen. ■

Susanne Stracke-Neumann

Bundesfachgruppenkonferenz

Neuer Vorstand für die Fachgruppe



Bei der Bundesfachgruppenkonferenz Industrie und Industrielle Dienstleistungen haben die Delegierten am Samstag, 19. Februar, einen neuen Vorstand gewählt. Alter und neuer Vorsitzender ist Matthias Träger, der ebenso einstimmig wiedergewählt wurde wie sein Stellvertreter Wolfgang Pertramer. Neu als Stellvertreter gewählt wurde Ralf Olbrich.

Nach der Wahl stellte sich der gesamte Vorstand dem Fotografen (von links nach rechts): Gregor Heidebring (Berlin-Brandenburg), Peter Weirich (Rheinland-Pfalz/Saar), Wolfgang Kienzle (Baden-Württemberg), Wolfgang Stevens (Nordrhein-Westfalen), Gisela Beate

Münchow (Niedersachsen-Bremen), Helmbrecht Reden (RPS), Rudolph Förstel (Ns-B), Ulrich Bareiß (Bayern), Emine Erdogmus (NRW), Ralf Olbrich (B-B), Matthias Träger (B-B), Wolfgang Pertramer (Bayern), Thomas Bloch (Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen) und Willi-Bernd Adolf (Hessen).

Noch nicht besetzt werden konnten die Beisitzerplätze für einen Jugendvertreter, der aus Baden-Württemberg kommen sollte, einen hessischen Chemiekollegen und eine Kollegin aus der Lebensmittelherstellung in Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen. Der Vorstand erhielt von den 32 stimmberechtigten Delegierten den Auftrag, diese Plätze schnellstmöglich zu besetzen. ■



Foto: Chr. v. Polentz

Momentaufnahmen



Fotos: Chr. v. Polentz

Weitere Anträge

Bildung: Ein wichtiges Thema

Neben den heiß diskutierten Anträgen gab es auch diesmal Anträge, die ohne große Diskussionen einstimmig oder in großer Einheit abgestimmt wurden.

So fand der Vorschlag des Fachgruppenvorstands, ver.di solle ein bundesweites „gezieltes und strukturiertes“ Programm zur Förderung des ehrenamtlichen Nachwuchses ausarbeiten, keinerlei Widerspruch. Auch die Forderung, dass die 2009 eingestellte Beratung zu Arbeitszeugnissen nun endlich ins Netz verlagert werden solle, wie vom Gewerkschaftsrat und jetzt vom Fachgruppenvorstand gefordert, stieß auf keine Gegenstimmen.

Zum Thema Ausbildung und Studium gab es mehrere Anträge vom Bundesvorstand, die von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen wurden: ver.di soll die Initiative der neun großen Technischen Universitäten (TU 9) zur Erhaltung des Titels „Diplom-Ingenieur“ unterstützen. Ver.di soll sich „mit Nachdruck“ für die Erhaltung des Deutschen Qualifizierungsrahmens zum Beispiel durch eine Absicherung im Berufsbildungsgesetz (BBiG) in der Dualen Ausbildung einsetzen, damit sich der künftige Europäische Qualifizierungsrahmen für diese nur in wenigen anderen Ländern übliche Ausbildung nicht

negativ auswirkt. Sowohl bei diesem wie bei dem folgenden Antrag zu den diversen Akkreditierungsverfahren für neue Studiengänge – durch die Umstellung auf Bachelor und Master waren und sind dies in den vergangenen zehn Jahren quasi alle – gab es keine Meinungsverschiedenheiten, sondern eher Verständnisprobleme, da gerade die Bildungsgesetzgebung vor bürokratischen Wortungeheuern nur so strotzt.

Wolfgang Pertramer hatte den Akkreditierungsantrag eingebracht, da er der Ansicht ist, alle Studiengänge müssen einzeln überprüft werden und nicht nur die Hochschule insgesamt, die dann Studiengänge einführen könne, wie sie wolle. Das Plenum schickte sein Papier als Material an die Gruppe „Meister, Techniker, Ingenieure MTI“ und das ver.di-Ressort für Bildungspolitik. Drei Enthaltungen und drei Gegenstimmen gab es für seinen Vorschlag, ver.di soll „eine breite Aufklärungskampagne“ starten, die den Studierenden und den Absolventinnen und Absolventen der Ingenieurstudiengänge die teure Sinnlosigkeit und die Gefahr der vom Verein Deutscher Ingenieure VDI eingeführten Engineering Card für eine Vereinseinmischung ins Hochschulsystem klar macht (siehe Industrie-Report vom Dezember 2010). Zusätzlich schlossen sich die Delegierten der

Vorstandsforderung nach gleichem Bildungszugang für alle Bevölkerungsschichten an.

Weiterhin unterstützten die Delegierten die Vorstandsanträge zur personellen und finanziellen Sicherung einer „umfassenden gewerkschaftlichen Bildungsarbeit“, zur Erhaltung der ver.di-Bildungswerke, zur möglichen Freistellung von Vertrauensleuten für Gewerkschaftstagungen und Qualifizierungsmaßnahmen sowie zur Wahl von Vertrauensleuteausschüssen auf Bezirks- und Landesbezirksebene. In den Tarifverhandlungen soll sich ver.di dafür einsetzen, dass die Leiharbeit eingedämmt, der „Rente mit 67 Jahren“ gegensteuernd, das Ausbildungsplatzangebot festgeschrieben und Gewerkschaftsmitgliedern ein Qualifizierungsrecht für gewerkschaftspolitische und berufliche Bildung „unter Fortzahlung der Bezüge“ zugestanden wird. Ebenso soll ver.di für eine Regelung im Arbeitsschutzgesetz und im Sozialgesetzbuch VII eintreten, dass die Arbeitsschutzbehörden personell ausreichend ausgestattet werden.

Nur eine Enthaltung gab es bei dem Begehren aus Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen, dass ver.di ein „Gutachten“ in Auftrag geben solle, dass die Zulässigkeit politischer Streiks herausarbeitet. ■

sus

Sozialpolitik

Und noch ein Kreuzchen in diesem Jahr: Seit März werden die Briefe zur Sozialwahl verschickt

Demnächst flattert besondere Post in die Briefkästen vieler, aber nicht aller: die Unterlagen zur Sozialwahl. Warum das so ist und was bei den Sozialwahlen eigentlich bestimmt wird, hat Susanne Stracke-Neumann den ver.di-Experten für die Sozialwahlen, Axel Schmidt, gefragt.

In diesem Monat werden manche ver.di-Mitglieder Post bekommen und zu Sozialwahlen aufgerufen werden, andere nicht, obwohl sie auch in einer gesetzlichen Krankenkasse sind. Wer wird angeschrieben?

Axel Schmidt: Wir haben zwei unterschiedliche Arten, die Versichertenparlamente zu besetzen. Die eine ist die sogenannte Urwahl, wo jeder Versicherte Unterlagen bekommt und dann sein Versichertenparlament für seine Krankenkasse wählen soll. Das ist ein überschaubarer Bereich, das sind die Ersatzkassen und die Deutsche Rentenversicherung Bund. Bei den anderen Krankenkassen und anderen Regionalträgern der Deutschen



Foto: Inez Kühn

Rentenversicherung und bei den Unfallversicherungsträgern finden sogenannte Friedenswahlen statt. Das heißt, die Konkurrenzlisten, die bei diesen Trägern antreten, einigen sich im Vorfeld auf die Anzahl der Sitze, die sie selber bekommen. Man reicht dann Listen ein, die nur so viele Kandidatinnen und Kandidaten enthalten, wie Plätze zu vergeben sind. Insofern wird es passieren, dass sehr viele Versicherte keine Unterlagen ihrer Krankenkasse bekommen. Allerdings haben wir bei der Deutschen Rentenversicherung Bund 30 Millionen Wahlberech-

tigte, die alle in der Zeit von März bis April, von Norden nach Süden verschickt, ihre Unterlagen bekommen und hoffentlich dann auch ausfüllen und wegschicken.

Das muss bis wann geschehen?

Axel Schmidt: Das muss geschehen bis zum 1. Juni 2011, das heißt, die Unterlagen müssen an dem Tag wirklich bei dem Träger sein. Wir als ver.di und der DGB werden gemeinsam einen gewerkschaftlichen Sozialwahl-Tag initiieren, den 18. Mai. Dort wol-

len wir in Betriebs- und Personalversammlungen die Briefwahl aus der Anonymität herausholen und in den Betrieben wählen lassen. Da sollen die Kolleginnen und Kollegen ihre Wahlunterlagen mitbringen. Es werden Wahlkabinen aufgestellt und versiegelte Urnen. Die versiegelten Urnen werden anschließend zur Post gebracht. Unsere Hoffnung dabei ist, dass man diese Wahl aus der Anonymität herausholt. In ver.di-Bezirken, wo es keine solche Veranstaltung geben kann, weil die Betriebsversammlungen alle schon terminiert sind, bitten wir die Bezirke, Mitgliederversammlungen und Betriebsgruppen zusammenzurufen, damit die Kolleginnen und Kollegen gemeinsam wählen können. Das heißt aber trotzdem individuell wählen, denn wir wollen da nicht den Kugelschreiber führen.

Ihr habt euch aber noch etwas einfallen lassen, um die Leute an die Sozialwahl zu erinnern, nämlich einen SMS-Dienst.

Axel Schmidt: Ja. Wir haben uns überlegt, wie wir auch die jüngeren Leute auf die Sozialwahl aufmerksam machen können. Da diese viel mit ihrem Handy kommunizieren, haben wir uns überlegt, wir könnten einen „SMS-Alarm“ machen, wo man mit dem Kennwort „Sozialwahl“, Vorname, Nachname und Postleitzahl sich per SMS anmelden kann unter 84343 um dann an die Wahlen erinnert zu werden. Da die Wahlunterlagen zeitversetzt verschickt werden, können wir den Leuten zeitnah sagen: „Achtung, jetzt werden eure Wahlunterlagen versandt“. Zirka eine Woche später soll noch mal eine SMS kommen, in der dann steht: „Habt ihr schon gewählt? Wenn nicht, macht es jetzt.“ Diese beiden SMS sind kostenlos, die Kosten übernimmt ver.di. Das Anmelden kostet den normalen Preis einer SMS.

Drittgrößte Wahl mit Kandidaten der Fachgruppe

Seit Anfang März werden die Wahlunterlagen an rund 48 Millionen Wahlberechtigte bei den Sozialwahlen 2011 verschickt. Allein 30 Millionen sind aufgerufen, die Versichertenparlamente mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei den Rentenversicherungsträgern zu bestimmen. Obwohl die alle sechs Jahre stattfindenden Sozialwahlen für die Versichertenparlamente von Krankenkassen, Rentenversicherungsträgern, Berufsgenossenschaften und Unfallkassen damit nach der Bundestagswahl und der Wahl zum Europaparlament in Deutschland die drittgrößten Wahlen sind, ist die Beteiligung mit bisher rund 30 Prozent relativ gering. Deshalb hat sich der ver.di-Beauftragte für die Sozialwahlen, Axel Schmidt, Neues einfallen lassen um die



Foto: Chr. v. Polentz

Aufmerksamkeit für die Wahlen zu erhöhen (siehe Interview). Zu den Kandidatinnen und Kandidaten für die Versichertenparlamente gehören auch etliche Mitglieder der Fachgruppe Industrie/industrielle Dienstleistungen. Der alte und neue Vorsitzende Matthias Träger steht zum Beispiel auf der ver.di-Wahlkarte bei der Technikerkrankenkasse. Werner Filipowski (Foto), stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des höchsten ver.di-Gremiums, des Gewerkschaftsrats, kandidiert bei der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie BG RCI.

Mehr Informationen zu den Sozialwahlen bieten die Seite www.verdi-waehlen.de und das Mitgliedernetz <http://mitgliedernetz.verdi.de> ■

Das ist eine Premiere, dieser SMS-Alarm?

Axel Schmidt: Das ist eine Premiere. Wir sind auch schon von vielen Seiten für die Idee gelobt worden, weil es mal was Neues ist. Ich weiß, dass sich einige Träger sogar überlegen, ob sie das nicht nachmachen. Da können wir nur sagen: Bitte ja, gerne. Je mehr Leute dadurch wählen, je größer die Wahlbeteiligung dadurch wird, desto besser. Sie lag bei den vergangenen Sozialwahlen bei höchstens 30 Prozent. Wir wollen da besser werden.

Was sind das für Mitglieder, die ein solches Ehrenamt in den Versichertenparlamenten auf sich nehmen? Wie findet ihr die Kandidaten?

Axel Schmidt: Es sind in der überwiegenden Zahl Menschen, die sozial engagiert sind. Es sind viele Betriebs- und Personalräte. Es sind Leute, die sich in ver.di auch in den Vorständen engagieren, Menschen mit Interesse an Sozialpolitik, die aber auch etwas beeinflussen wollen. Denn man kann im Verwaltungsrat einer Krankenkasse darauf Einfluss nehmen, wie viele Geschäftsstellen den Versicherten noch zu Verfügung gestellt werden. Man hat Einfluss auf Satzungsleistungen wie etwa bei Kuren. Man beschließt die Zusammensetzung der hauptamtlichen Vorstände – auch da könnte man zum Beispiel eine Frauenquote einführen. Man kann einen Haushalt „gendern“, wenn es gewollt ist. Natürlich braucht man dafür immer Mehrheiten. Die meisten Kassen sind paritätisch besetzt, also Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es ist dann Verhandlungssache, seine Position durchzubekommen. Das erfordert Geschick. Da bieten sich die Betriebs- und Personalräte an, die so etwas an ihrem Arbeitsplatz täglich machen. Wir als ver.di haben dabei einen Vorteil



gegenüber vielen anderen. Wir sind branchenmäßig sehr breit aufgestellt und wissen, wo die Leute der Schuh drückt, sind gut vernetzt und deshalb auch sozial kompetent.

Wie viel Arbeitsaufwand bedeutet dieses Ehrenamt?

Axel Schmidt: Das ist sehr unterschiedlich. Wenn man nur den Verwaltungsrat nimmt, dann hat man eine zwei- bis dreitägige Sitzung drei Mal im Jahr. Zumindest wenn mit der Kasse nichts Besonderes passiert. Wenn da natürlich Fusionsverhandlungen sind, dann kann es schon sein, dass dann drei, vier Mal hintereinander eine Sitzung ist, weil man etwas entscheiden muss. Wenn man aber in Ausschüsse geht wie etwa einen Widerspruchsausschuss, dann hat man in der Regel einmal im Monat einen Termin, bei dem man über die Belange der Versicherten entscheidet. In den Widerspruchsausschüssen findet die richtige Selbstverwaltung statt. Leute, die eine Leistungsablehnung von einem Träger bekommen, können Widerspruch einlegen. Dann geht die Sache nicht zurück an den Sachbearbeiter, sondern in den Ausschuss. Der kann beispielsweise beraten, ob man noch einen Gutachter einschaltet oder mit dem gesunden Menschenverstand bestimmte Sachen voraussetzen kann, die

der Sachbearbeiter nicht voraussetzen darf, weil er andere Grundlagen zur Entscheidung hat.

Kannst du uns dafür ein Beispiel geben?

Axel Schmidt: Wenn jemand arbeitsunfähig ist, der Arzt ihn aber nur bis Freitag krankschreibt, und er am Montag zur vorgesehenen Behandlung ins Krankenhaus muss und dort wieder krankgeschrieben wird, dann ist das für den Sachbearbeiter eine Unterbrechung der Krankheit. Für den Widerspruchsausschuss ist es logisch, dass derjenige auch am Sonnabend und am Sonntag krank war. Und dann sehen die Leistungsbescheide anders aus.

Wenn ein Fall in den Widerspruchsausschuss kommt, heißt das also nicht unbedingt, dass ein Sachbearbeiter einen Fehler gemacht oder nicht richtig hingeschaut hat?

Axel Schmidt: Nein, nein, ganz im Gegenteil. Die tun in der Regel ihr Bestes, aber sie sind an ihre Arbeitsanleitungen und Verordnungen mehr gebunden als Widerspruchsausschüsse und können nicht anders entscheiden. Oft sind sie froh, dass es den Widerspruchsausschuss gibt, weil man dort für die Versicherten was machen kann, ohne dass die Sachbearbeitung nachher in Regress kommt, weil sie überzahlt habe oder eine falsche Entscheidung getroffen. Bei der Deutschen Rentenversicherung Bund sind im Jahr 2009 über 180.000 Fälle in den Widerspruchsausschüssen bearbeitet worden. Ein breites und wichtiges Feld also. ■

sus



Tarifpolitik

Chemie-Tarifrunde: Nächste Verhandlungen Ende März

Die Chemie-Tarifrunde 2011 befindet sich in der heißen Phase: Am 30./31. März kommen IG BCE und Arbeitgeber in Bad Honnef zu einem zweiten Treffen auf Bundesebene zusammen. Zuvor hatten neun Verhandlungen in den Regionen und eine erste Bundesrunde für die 550.000 Beschäftigten keine substantiellen Fortschritte gebracht. Die IG BCE fordert eine Erhöhung der Entgelte um sieben Prozent, die Arbeitgeber haben bislang kein Angebot vorgelegt. ■

Entgeltanalyse 2011 der IG Metall

Trotz Aufschwung kaum mehr Geld für IT-Experten

Trotz Aufschwung in der IT- und Telekommunikationsbranche sind die Gehälter bei IT-Experten nur moderat gestiegen. Dies ist eines der auffälligsten Ergebnisse der aktuellen ITK-Entgeltanalyse 2011 der IG Metall. Damit bestätigt sich der dramatische Fachkräftemangel nicht, den Branchenvertreter vorhergesagt haben. Wäre dieser Fachkräftemangel bereits eingetreten, hätte sich dies in deutlich höheren Entgeltzuwächsen niedergeschlagen, so der Vorstand. Im Durchschnitt ergibt sich über alle untersuchten Unternehmen und Jobs nur eine leichte Steigerung der Gehälter um etwa 1,5 Prozent. Die Durchschnittsgehälter in administrativen Bereichen wie Sachbearbeiter, Controller und Vertriebsexperten sind stärker gestiegen als die Gehälter in den Service-, Hardware- und Softwareentwicklungsbereichen, für die ein Fachkräftemangel vorhergesagt worden war. ■

Meldungen

Treffen der Augenoptikerinnen und Augenoptiker

Ralf Olbrich, Mitglied im neuen Bundesvorstand als Vertreter der Branche der Augenoptik, plant ein Treffen der Berlin-Brandenburger Mitglieder und Betriebsräte dieser Branche im Berliner ver.di-Haus. Willkommen sind auch Nicht-Mitglieder, die an der Betriebsratsarbeit Interesse haben. Themen sollen die Arbeit der Betriebsräte, die Tarifarbeit und generelle Branchenprobleme sein. Für die Angestellten bei Apollo Optik ist ein solches Problem die von dem Unternehmen verschobene Verhandlung über den Tarifvertrag. Wegen eines weiteren Branchen-Merkmals, nämlich der Arbeitszeit in Schichten und großer Flexibilität, bittet Olbrich alle interessierten Kolleginnen und Kollegen, sich bei ihm zu melden, damit ein möglichst günstiger Zeitpunkt für das Treffen gefunden werden kann. Ähnliche Treffen sind auch für die anderen Landesbezirke geplant. ■ Interessenten an den Treffen melden sich bei Ralf Olbrich: olbrich@hauptstadt-erholung.de sus

Orientierungsseminar für Betriebsräte

Vom 2. bis 6. Mai 2011 findet in der ver.di-Bildungsstätte Lage-Hörste ein Orientierungsseminar für Betriebsräte der Augenoptik-Branche statt. Für das Seminar ist eine Freistellung nach § 37 Abs. 6 BetrVG möglich. Themen sind rechtliche Stellung und Selbstverständnis des Betriebsrats. Zusammenarbeit zwischen BR und Gewerkschaft, strukturelle Branchenentwicklung, Beteiligung, Organisation und Planung des BR. ■ http://medien-kunst-industrie.verdi.de/bereich_industrie_oebvi/optik

Tarifpolitik

Böse Überraschung bei Apollo Zusage, Absage, Verschiebung

Für die 2800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens Apollo Optik sind die Tarifverhandlungen in diesem Jahr von einer spannenden zu einer ärgerlichen Sache geworden. Bereits zum zweiten Mal hat Apollo Optik einen fest vereinbarten Termin, den 22. März, platzen lassen, die Verhandlungen ohne Angebot auf unbestimmte Zeit verschoben und eine Tarifierhöhung frühestens für den 1. Juli angekündigt.

„Damit ignoriert sie den Verhandlungsstand aus dem Januar, wonach bereits ab April eine Anhebung der Gehälter anvisiert wurde.“ Auch die von der Personaldirektion zwischenzeitlich angebotene Anhebung um 3,0 Prozent ab 1. Juli 2011 (4,0 Prozent für Azubis) scheinen vom Tisch zu sein, fasst Tarifsekretär Andreas Fröhlich den Tenor der Absage zusammen. Zum 31. Dezember 2010 hatte ver.di den Entgelttarifvertrag ge-

kündigt und eine Forderung von 7,0 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten erhoben. Berechnet war dies auf der Basis des Apollo-Geschäftsabschlusses für das Jahr 2010 und der zu erwartenden Inflationsrate.

Apollo Optik reagierte darauf mit einem Angebot von 1,3 Prozent. Am 27. Januar 2011 trafen beide Parteien zusammen. Am Ende des Tages stand eine Einigung, erinnert sich Fröhlich: Die Entgelte sollten ab dem 1. April in allen Gruppen um 30 Euro steigen, dann ab 1. Juli nochmals linear um 3,0 Prozent. Für Fröhlich bedeutete dies unter dem Strich eine Steigerung von rund 4,3 Prozent. Für die Auszubildenden sollte die lineare Steigerung sogar 4,0 Prozent betragen, denn trotz guter Aussichten in der Branche findet sich nicht genügend Nachwuchs.

Doch der Verhandlungsführer von Apollo Optik stellte die Einigung unter Vorbehalt, da er sich erst

bei der Geschäftsführung rückversichern müsse. Für Fröhlich, der es bisher mit der Druck- und Papierverarbeitenden Industrie und bei Verlagen zu tun hatte, war dies eine ungewohnte Situation.

Und tatsächlich, am 1. Februar wandten sich die Arbeitgeber von dem erzielten Kompromiss ab und boten nur noch die lineare Erhöhung von 3,0 Prozent, für Azubis 4,0 Prozent ab 1. Juli an. Beide Seiten einigten sich auf einen neuen Verhandlungstermin am 21. Februar, doch der wurde von Apollo Optik abgesagt. Ein neuerlicher Termin wurde für den 22. März festgelegt.

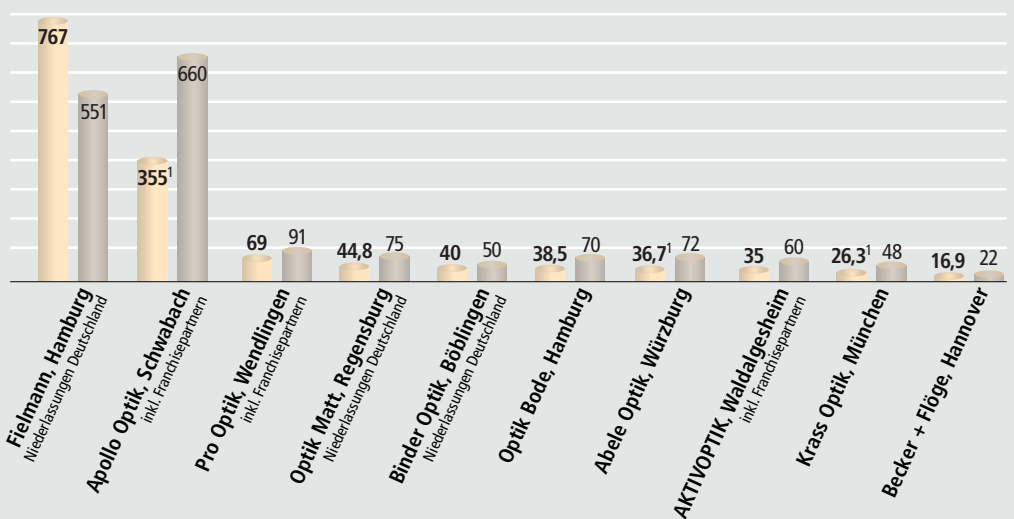
Für diese Verhandlungen hatte Fröhlich darum gebeten, dass der Verhandlungsführer mit einer Abschlussvollmacht ausgestattet werde oder sich die Geschäftsführung direkt in die Verhandlungen einbringe. Doch dann kam die nächste Terminabsage. ■

sus

Die zehn größten Filialisten in der Augenoptik

(Stand: 31. Dez. 2009)

Die zehn größten Filialisten besitzen ca. 14,4 % aller deutschen augenoptischen Betriebsstätten. Der von den Filialisten erzielte Umsatz umfasst 35,4 % des Branchenumsatzes von 4,0378 Mrd. Euro netto.



¹⁾ eigene Schätzung/Hochrechnung, da erforderliche Angaben nicht übermittelt wurden.

■ Umsatz in Mio. Euro (netto) □ Anzahl der Filialen

Quelle: Zentralverband der Augenoptiker

Zwischenruf

Der Vermessungstechniker (VT) ist tot. Es lebe der Vermessungstechniker (VmT)!

Das Bildungswerk des Verbandes Deutsche Vermessungsingenieure VDV veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am Tag vor der Konferenz unserer Fachgruppe ein Seminar für Ausbilder und Betriebe in der Geoinformationstechnologie mit dem Thema „Ausbildung in der Geoinformationstechnologie – Klärung von Grundsatzfragen in den neuen Ausbildungsberufen Geomatiker/in und Vermessungstechniker/in“. Das sind die neuen Berufe Geomatiker (ehemals Kartograph) und der Vermessungstechniker (gleicher Name wie vormals, aber neue Berufsinhalte) der Fachrichtungen Vermessung und Bergvermessung (siehe unseren Industrie-Report Dezember 2010).

Das leider auf eine Teilnehmerzahl von 40 Personen begrenzte Seminar war vollkommen ausgebucht. Eine aus Sicht der Veranstalter nachvollziehbare Begrenzung der Teilnehmerzahl, vermutlich auf Grund der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten, hätte jedoch, mit gewissen Einschränkungen, auch deutlich

höher ausfallen können. Der Bedarf war und ist sicherlich vorhanden. Die Vortragenden, die auch gleichzeitig Sachverständige im Prozess der Neuordnung des Berufsbildes waren, Michael Frischkorn und Hartmut Loewenthal, Mitglieder in ver.di, und Klaus Skindellies vom VDV, hatten die nicht einfache Aufgabe, den Teilnehmern in rund vier Stunden die Struktur und Inhalte der Ausbildung sowie die Inhalte der neuen Prüfungsverfahren zu vermitteln. Der Zeitrahmen war somit sehr eng gesteckt und kam kaum über die die kompakte Darlegung der Ausbildungs- und Prüfungsinhalte hinaus. Der über allem schwebende Grundsatz, „Jeder, der bisher Ausbildung betrieben hat, kann auch zukünftig die Ausbildung betreiben – nur eben vollkommen anders“ wurde mehrfach betont.

Die Ausbildung ist nunmehr prozessorientiert und nicht wie bisher produktorientiert und stellt den Gesamtprozess „Umgang mit Geodaten“ in den Mittelpunkt. Die Ausbildungszeit beträgt drei Jahre. Überholte Ausbildungsinhalte wurden abgeschafft (Beispiele für Insider: „Strahlengang im Prisma“ oder „Einflichten aus

der Mitte“), neue und wichtige Inhalte sind dafür aufgenommen worden (wie Datenverarbeitung, Datenmanagement in Geoinformationssystemen (GIS) und Geodateninfrastrukturen (GDI), Qualitätsmanagement, Zeitmanagement, Kosten- und Leistungsrecht).

Da der Teufel wie immer im Detail steckt, wurde eine Umsetzungshilfe „Ausbildung gestalten – Berufsausbildung in der Geoinformationstechnologie“ bereits erarbeitet, die leider zum Zeitpunkt des Seminars noch nicht zur Verfügung stand, jedoch in Kürze erscheinen soll. Damit werden hoffentlich meine etlichen Detailfragen zur Umsetzung und zum Inhalt der Ausbildung noch beantwortet, die im Rahmen dieser Veranstaltung leider offen bleiben mussten.

Die vielen Ausbildungsinhalte, die hinzugekommen sind, rechtfertigen sicherlich die Ausbildungszeit von drei Jahren. Eine wie bisher mögliche Verkürzung der Ausbildungszeit ist nicht mehr vorzusehen. Ich kann trotzdem nur hoffen, dass die Ausbildung nicht zu einem Vermessungstechniker/Geomatiker „light“ führt, der viel



Foto: Chr. v. Polentz

kann, nur leider Nichts richtig. Wer Knöpfe an Vermessungsgeräten drückt und Programm bedient, sollte auch umfassend wissen, was inhaltlich dahintersteckt und nicht auf Grund der Fülle von wünschenswerten Ausbildungsinhalten zum Flachmann verkommen. ■

Gregor Heidebring

**Ausbildung gestalten –
Berufsausbildung in der Geoinformationstechnologie**
ISBN 978-3-7639-4854-3,
ISBN E-Book 978-3-7639-4855-0

Geoinformationen

Bundesweit einheitliches Datenmodell im Visier In Berlin schon zentral verfügbar

Auf der CeBIT in Hannover hat Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, das IT-Fachverfahren ATKIS® aktiviert. Das soll der Startschuss sein, ein bundesweit einheitliches Datenmodell zu schaffen, mit dem die digital geführten räumlichen Informationen länderübergreifend verfügbar sind.

Das neue Verfahren wurde am Messestand des IT-Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ Berlin) offiziell in Betrieb genommen und wird künftig der Verwaltung der Bundeshauptstadt Geoinformationen zentral zur Verfügung stellen.

Geoinformationen werden bei Planungen, Analysen und Prognosen herangezogen und sind oft Grundlage von Verwaltungsent-

scheidungen. Das Amtliche Topographisch-Kartographische Informationssystem – kurz ATKIS® – ist eines von insgesamt drei Geofachverfahren, deren Einführung unter der Bezeichnung „Projekt AAA“ bundesweit forciert wird.

Alle Bundesländer und Kommunen organisieren mit der Einführung der Verfahren AFIS® (Amtliches Festpunktinformati-

onssystem), ALKIS® (Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem) und ATKIS® den Betrieb ihrer Geo-Fachverfahren neu. Dieses erste realisierte Projekt soll als Basis für den zentralen Betrieb weiterer Geoverfahren des Landes Berlin dienen und Verwaltung und Bürgern „Geoinformationen aus der Steckdose“ bereitstellen. ■
<http://www.itdz-berlin.de>

Gleichstellungspolitik

ver.di-Frauen riefen zur Aktion am 25. März auf

Am 25. März 2011 war wieder Equal Pay Day – der Tag, bis zu dem Frauen über das Jahresende hinaus arbeiten müssen, um das gleiche Geld in der Tasche zu haben wie Männer, denn der durchschnittliche Gehaltsunterschied von Männern und Frauen beträgt immer noch 23 Prozent in Deutschland.

Die ver.di-Frauen riefen daher auch dieses Jahr wieder zu Aktionen, Veranstaltungen und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit am Equal Pay Day auf, wobei der Einsatz für Entgeltgleichheit für sie ein Arbeitsschwerpunkt auch an allen anderen 364 Tagen im Jahr ist, denn „Equal Pay everyday!“. Das Bündnis zum Equal Pay Day arbeitet dieses Jahr mit einer Unterschriftenliste, um für die Überwindung der Rollenbilder zu werben, die mit einer Ursache für ungleiche Bezahlung sind.

„Gute Arbeit durch betriebliche Gleichstellungspolitik voran bringen“ ist das Ziel des ver.di-Projektes mit dem Europäischen Sozialfonds ESF im Rahmen der Bundesinitiative „Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft“. ver.di ist dabei vor allem in drei Kern-Branchen aktiv, wo viele Frauen arbeiten: Finanzdienstleis-



Foto: Renate Köfmann

tungen, Ver- und Entsorgung und Handel. Die Aktion zum Equal Pay Day soll die Aufmerksamkeit auf die immer noch herrschende Ungerechtigkeit zwischen Männern und Frauen im Arbeitsmarkt lenken.

Durch branchenorientierte Chancengleichheitspolitik in ausgewählten Dienstleistungsbranchen

will das ver.di-ESF-Projekt für Frauen eine höhere Arbeitsqualität in ausgewählten Dienstleistungsbereichen erreichen. Mit einem weiteren Teilprojekt soll durch die gezielte Förderung von Frauen in Führungsfunktionen eine Verbesserung der Gleichstellungspolitik erreicht werden. ■

sus

Mehr Informationen zum Equal Pay Day und zur Gleichstellungspolitik von ver.di gibt es auf den Seiten:

https://frauen.verdi.de/archiv/aktionstage/equal_pay_day

<http://bundesinitiative-gleichstellen.verdi.de/>

Mitbestimmung

Interessenvertretung als Berufung

Ab April 2011 starten die nächsten Seminare der Qualifizierungsreihe „Interessenvertretung als Berufung“. Das Angebot richtet sich an Vorsitzende, Stellvertreter/-innen und freigestellte Mitglieder aus Betriebs- und Personalräten.

Diese Qualifizierung bietet eine systematische Weiterbildung für die Führungsfunktionen im Gremium, die auf Wunsch auch

mit einem Universitätszertifikat abgeschlossen werden kann. Entwickelt wurde das Angebot vom ver.di-Bildungsträger ver.di b+b gemeinsam mit ver.di und in Kooperation mit dem Institut für Weiterbildung der Universität Hamburg. Ziel ist es, die Betriebs- und Personalräte für die hohen und sich wandelnden Anforderungen durch Umstrukturierungen, hoch technisierte Verarbeitungsprozesse, Arbeitsverdichtung und Arbeitsverlagerung sowie Fusio-

nen in einer zunehmend globalen Wirtschaft zu wappnen. Die Modulreihe aus fünf Wochenendseminaren sowie einem zusätzlichen Seminar, wenn ein Universitätszertifikat angestrebt wird, soll eine wissenschaftlich fundierte mit einer praxisorientierten Qualifizierung der Arbeitnehmervertreter verbinden. ■

http://medien-kunst-industrie.verdi.de/bereich_industrie_oebvi/termine_und_seminare

Impressum

Herausgeber:

Frank Werneke, stellv. Vorsitzender,
Rudolf Zink, Ressort 4
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Postanschrift: 10112 Berlin
<http://medien-kunst-industrie.verdi.de/>
E-Mail: fb8.industrie-report@verdi.de

Redaktion:

Susanne Stracke-Neumann

Layout: einatz, Wolfgang Wohlers

Druck: alpha print medien AG
Kleyerstraße 3 · 64295 Darmstadt

Auflage: 2000 · März 2011